

Grossratssession Mai 2017: Bericht der SP See-Deputation

Freiburger Spital: Der Grosse Rat hat die Rechnung und den Tätigkeitsbericht des Freiburger Spitals (HFR) zur Kenntnis genommen. Trotz zunehmender Tätigkeiten im stationären und ambulanten Bereich wie auch bei den Notfällen macht das Spital ein Defizit von gut 7 Mio. Franken, und für geplante Investitionen fehlt das Geld. Dürfen die Steuerzahler neben den stets steigenden Krankenkassenprämien nochmals so massiv für die Gesundheit zur Kasse gebeten werden? Fragen, wie der Transfer von Leistungen oder das Überdenken des Personalstatus sollen offenbar in Kürze zwischen Staatsrat und HFR-Verwaltungsrat diskutiert werden. Was auffällt, sind die hohen Kosten der ausserkantonalen Hospitalisierungen von 8,9 Mio. Franken. Es handelt sich vor allem um See- und Sensebezirkler, aber auch um Leute aus der Veveyse, die sich in Bern bzw. in der Waadt hospitalisieren lassen, und zwar für Leistungen, die der Kanton ebenfalls anbieten würde.

Positiver Abschluss der Staatsrechnung, hohes Staatsvermögen: Obwohl die Rechnung eigentlich mit einem Überschuss von 86,6 Mio. Franken abschliesst, wird in der Rechnung ein Defizit von 75,8 Mio. Franken ausgewiesen. Der Staatsrat erklärt dies mit Rückstellungen für anstehende Investitionen oder Fondseinlagen. Der Kanton hat beispielweise Bauten geplant, wie die Kantons- und Universitätsbibliothek oder der Umbau der Universität, die er wegen Einsparungen aufschieben musste. Ein grosser Brocken stellt unzweifelhaft noch immer die Sanierung der Deponie La Pila dar. Auch der Masterstudiengang in Medizin benötigt Geld, mit dem der Kanton jedoch eine komplette Ärzteausbildung anbieten können. Daraus erhofft man sich Arbeitsplätze und eine Milderung des Mangels an Hausärzten. Das Staatsvermögen beträgt heute 1,08 Milliarden Franken. Davon ist jedoch nur ein Drittel frei verfügbar, die anderen zwei Drittel sind gebundene Mittel.

Eigenmietwert: Der Eigenmietwert wurde 2014 als Teil des Struktur- und Massnahmenpakets um 10 % erhöht. Seither bringen sie dem Kanton 8,8 Mio. und den Gemeinden 7,2 Mio. Franken ein. Bürgerliche Grossräte wollten dem Staatsrat den Auftrag erteilen, diese Erhöhung wieder rückgängig zu machen. Die geschlossene Linke wehrte sich dagegen, wie auch Finanzminister Godel, der seine bürgerlichen Parteigänger tadelte, es sei nicht glaubwürdig, eine klar vereinbarte Regelung schon nach zwei Jahren wieder rückgängig zu machen. Der Eigenmietwert des Kantons liege ausserdem unter dem vom Bundesgericht zugelassenen Minimum. Der Vorstoss erhielt das für einen Auftrag notwendige qualifizierte Mehr nicht.

Fonds für eine aktive Bodenpolitik: Einstimmig genehmigte der Grosse Rat die Äufnung eines Fonds mit 100 Mio. Franken, der es dem Kanton ermöglicht, Grundstücke zu kaufen, um sie später an Unternehmen zu verkaufen oder im Baurecht abzugeben. Unternehmen kommen viel eher in den Kanton, wenn dieser Grundstücke zur Verfügung stellen kann. Der Fonds soll möglichst immer wieder aufgefüllt werden, entweder mit Geldern aus Landverkäufen oder mit Gewinnen aus der Staatsrechnung.

Die SP-Deputation: Chantal Müller, Julia Senti, Bernadette Hänni-Fischer